

Das erste deutsch-deutsche Umwelttreffen und die Berliner Erklärung

WOLFHART und JUTTA HAENSCHKE

Zusammenfassung

Mit dem deutsch-deutschen Umwelttreffen erreichte das Wiedertzusammenfinden der deutschen Natur- und Umweltschützer aus Ost und West einen ersten Höhepunkt. Damals herrschte Aufbruchstimmung vor allem in der ehemaligen DDR. Der schnelle Einigungsprozeß beider deutscher Staaten war nicht vorauszusehen, und es wurde noch von einer längeren eigenständigen Entwicklung in der DDR ausgegangen.

Die Berliner Erklärung ist ein wichtiges Zeitdokument dieser Bewegung. Sie hält die Erwartungen fest, unter denen die deutschen Natur- und Umweltschützer ihren gemeinsamen Weg antraten.

Einleitung

Am 27. und 28. 1. 1990 fand in der Hochschule der Künste in Berlin-Wilmersdorf das 1. überregionale Treffen der Ökologieorganisationen aus der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik statt. Veranstalter war der Deutsche Naturschutzring-Bundesverband für Umweltschutz (DNR) e. V., der als Dachverband für 39 Mitgliedsorganisationen fungiert. Der Präsident des DNR, Prof. Dr. WOLFGANG ENGELHARDT konnte in seiner Eröffnungsansprache mehr als 1 500 Natur- und Umweltschützer aus beiden deutschen Staaten begrüßen, die Mehrheit aus der damaligen DDR; mit 300–500 Teilnehmern war nur gerechnet worden! Vor dem Plenum sprachen weiterhin der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz in Deutschland BUND e. V., HUBERT WEINZIERL, zum Thema „Umweltkrise in der Bundesrepublik als Herausforderung für die Umweltverbände“ und als Vertreter der DDR Dr. ROLF CASPAR, Geschäftsführer der Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) über „Umweltschutz in der DDR. Was wird – was müßte getan werden?“

Insgesamt 22 Arbeitskreise boten den Teilnehmern die Möglichkeit zum persönlichen Kennenlernen, zu intensiven Gesprächen über dringende Natur- und Umweltschutzprobleme, die sich vor allem aus dem politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Neubeginn in der DDR ergaben und zum Erarbeiten gemeinsamer Standpunkte.

Das Ergebnis des ersten gesamtdeutschen Treffens der Ökologieorganisationen wurde in der Berliner Erklärung niedergelegt, die von den Teilnehmern mit überwältigender Mehrheit bei nur wenigen Stimmenthaltungen und ohne Gegenstimme angenommen wurde.

Höhepunkt des Treffens in Berlin war der Festakt zum 150. Geburtstag von ERNST RUDORFF, dem Wegbereiter des deutschen Naturschutzes. Feierlich umrahmt wurde die Veranstaltung von Kompositionen ERNST RUDORFFs, der an der Vorläuferinstitution der heutigen Hochschule für Künste als Musikprofessor wirkte. In einem eindrucksvollen Vortrag unter dem Titel: „110 Jahre Naturschutz: Wurzeln, Wege und Erwartungen – Naturschutz zwischen gestern und morgen“ forderte Prof. Dr. WOLFGANG ERZ, Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie Bonn, die Rückbesinnung auf die Wurzeln des Naturschutzes und die Verfolgung des Weges, wie das von ERNST RUDORFF aufgezeigte Konzept verwirklicht wurde. Seine Gedanken eines flächendeckenden und nicht nur auf Objekte und Reservate begrenzten Naturschutzes sind heute genauso aktuell wie damals. Die gemeinsamen Wurzeln des Naturschutzes in beiden deutschen Staaten wurden deutlich.

Die Berliner Erklärung dokumentiert, was seitdem Wirklichkeit wurde und welche immense Arbeit noch zu leisten ist. Sie zeigt aber auch, welche Forderungen seitdem von der Entwicklung eingeholt worden sind. Wir halten es deshalb für angebracht, die Berliner Erklärung nachfolgend in vollem Wortlaut abzudrucken und so zu ihrer Popularisierung beizutragen.

Berliner Erklärung

Mehr als 1 500 Teilnehmer/innen und Vertreter/innen zahlreicher Ökologieorganisationen aus der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik diskutierten am Wochenende in West-Berlin die ökologische Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft in beiden Staaten Deutschlands.

Die dramatische Umweltsituation in der DDR und in den osteuropäischen Staaten, die sich zuspitzende Umweltgefährdung in der Bundesrepublik und die globale Umweltkrise erfordern ökologische Sofortmaßnahmen und eine grundlegende Umstrukturierung der Wirtschaft.

Die Ökologieorganisationen aus beiden deutschen Staaten rufen daher zu einem Kongreß „Ökologisches Wirtschaften“ vom 6. bis 8. April 1990 nach Leipzig auf.

Wirtschaftliches Handeln darf nicht mehr länger zu Lasten der Umwelt erfolgen! Auch ein durch den Markt geprägtes Wirtschaftssystem benötigt unabdingbar eine ökologische und soziale Kontrolle. Hierbei kommen der Bevölkerung und den Umweltorganisationen eine große Bedeutung zu. Der Zugang zu allen Umweltakten ist zu sichern.

Die Verantwortlichen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik sollten sich darüber bewußt sein, daß viele Bürger der DDR ihr Land verlassen könnten, wenn keine zügige Lösung für die katastrophalen Umweltzustände in ihrem Land absehbar ist. Durch progressive Preisstrukturen ist ein übermäßiger Verbrauch einzuschränken.

Als ökologische Sofortmaßnahme ist der Abbau und Einsatz von Braunkohle in der DDR drastisch zu reduzieren. Die Emission von SO₂ ist innerhalb der nächsten Monate durch den Einsatz schwefelarmer Steinkohle und Erdgas in möglichst vielen Kraftwerken und Industrieanlagen um mindestens 50% zu reduzieren.

Die industrialisierte Landwirtschaft mit dem damit verbundenen erheblichen Einsatz von Agrargiften und der Ausräumung der Landschaft als Hauptverursacher des Artenschwundes ist durch extensive Bewirtschaftungsmethoden, vor allem dem ökologischen Landbau, abzulösen.

Ein sofortiges Atom-Moratorium ist für die Dauer von zwei Jahren zu verabschieden. Dies bedeutet:

- eine Stilllegung aller in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke und kerntechnischen Anlagen in der DDR und der Bundesrepublik,
- einen Planungs- und Baustopp in Lubmin (Militärflugplatz in ca. 10 km Entfernung) und Stendal,
- eine Umleitung der bisherigen Mittel für Energieeinsparung, regenerative Energieträger und effizienteste Technologien auf fossiler Basis.

Die Erstellung eines neuen Energiekonzeptes unter weitestmöglicher Einbeziehung der Öffentlichkeit sollte auf folgende Bereiche konzentriert werden:

- die Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Energieeinsparung,
- die gezielte Förderung der Entwicklung und des Einsatzes regenerativer Energieträger,
- die weitestmögliche Einführung der Kraft-Wärme-Kopplung in industriellen und öffentlichen Kraft- und Heizkraftwerken und
- die weitgehende Entflechtung und Dezentralisierung der Struktur der Energiewirtschaft.

Ein hauptsächlich von der Bundesregierung zu finanzierendes, fünfjähriges, ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von mindestens 200 Mrd. DM zur Sanierung der vergifteten Gewässer, zum Einbau moderner Heizkraftwerks-, Meß- und Regeltechnik, Wärmedämmung und zur Instandsetzung, zum Ausbau und Neubau des Schienennetzes muß durch den Druck der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik durchgesetzt werden. Der Ausbau der deutsch-deutschen Verkehrsverbindungen ist als Umweltverbund aus Fußgänger- und Radverkehr, öffentlichem Personennahverkehr und Bahn zu gestalten. Der Umwelt zugefügte Schäden sind von den Verursachern zu bezahlen. Siedlungsstrukturen sind so zu gestalten, daß unnötiger Verkehr vermieden wird. Alle Wirtschaftsprjekte einer deutsch-deutschen Zusammenarbeit sind einer sorgfältigen Umweltverträglichkeitsprüfung unter Beteiligung der Umweltorganisationen aus der DDR und der Bundesrepublik zu unterwerfen. Die Umweltverträglichkeitsprüfung muß einklagbar für Bürger/innen und Umweltverbände sein. Den Umweltverbänden ist ein umfassendes Klagerecht einzuräumen.

Die naturnahen Flächen im Grenzgebiet sind unverzüglich durch einstweilige Sicherstellung zusammenhängend und weiträumig unter eine differenzierte Schutzgebietsregelung zu stellen. Als Beispiele sind zu nennen der Brocken im Oberharz und die Rhön, die als Biosphärenreservate zu sichern sind. Für alle Fließgewässer ist innerhalb der nächsten fünf Jahre mindestens die Gewässergüteklasse II durchzusetzen. Der sich abzeichnenden starken touristischen Nachfrage muß durch Konzepte eines umwelt- und sozialverträglichen Tourismus begegnet werden.

Die Verwertung von Sekundärrohstoffen muß ausgebaut werden. Die Kontrolle vorhandener Arbeits- und Umweltschutzgesetze erfolgt in der DDR nicht. Deswegen ist eine Beteiligung von Bürger/innen und neu zu bildenden Organisationen erforderlich. Umweltproblematische Produktionsverfahren wie z. B. die Chlorchemie müssen eingestellt und umweltschädliche Produkte vom Markt genommen werden. Jegliche Form des Mülltourismus ist zu beenden. Sondermüll darf nicht durch zusätzliche

Müllverbrennungsanlagen beseitigt, sondern muß in sogenannten Parkhäusern getrennt nach einzelnen Stoffen zwischengelagert werden. Der sofortige Einstieg in die Abfallvermeidung muß erfolgen.

Umwelterziehung muß weniger intellektuell, dafür mehr sinnlich erfahrbar werden. Detailliertere Aussagen sind in den einzelnen Arbeitspapieren enthalten.

Die Teilnehmer/innen des deutsch-deutschen Umwelttreffens verlangen die Einsetzung eines gesamtdeutschen „Grünen Runden Tisches“ mit Vertretern von staatlichen und unabhängigen Organisationen unter Vorsitz der Umweltverbände. Der Grüne Runde Tisch muß ein Vetorecht bei umweltpolitischen Entscheidungen in beiden Staaten erhalten. Je nach Fachgebiet arbeiten Umweltkommissionen dem Grünen Runden Tisch zu.

Ende der Erklärung

Anschrift der Verfasser:

Wolfhart und Jutta Haenschke
Holunderweg 5
O-4500 Dessau